

## Niederschrift

---

### Sozialausschuss

SozialA/IX/029

Donnerstag, 18.06.2020, 18:02 Uhr

Bürgerhaus, Clubraum 3, 2. Etage,

Am Neumarkt 6, 41564 Kaarst

### Tagesordnung

#### I. Öffentlicher Teil

- 1 Änderung und Erweiterung der Tagesordnung
- 2 Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner gem. § 33 iVm. § 21 der Geschäftsordnung
- 3 Kurzvorstellung Diakonie Rhein-Kreis Neuss e.V. "Integrationsmanagement zur Qualifizierung des Albert-Einstein-Forums (AEF) als Quartierstützpunkt"  
Vorlage: IX/4089
- 4 Vorstellung der Neusser Tafel e.V. "Arbeit der Neusser Tafel e.V. in der Stadt Kaarst" auf Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 22.05.2020  
Vorlage: IX/4095
- 5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Fortschreibung des Integrationskonzeptes  
Vorlage: IX/3936
- 6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Aufnahme von zusätzlichen Flüchtlingen  
Vorlage: IX/4088
- 6.1 Antrag der FDP-Fraktion über die Aufnahme einer Flüchtlingsfamilie aus dem Flüchtlingslager Moria / Griechenland  
Vorlage: IX/4158
- 7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Schaffung der Stelle einer/eines Behindertenbeauftragten  
Vorlage: IX/3939

- 8 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Schaffung der Stelle einer/eines Integrationsbeauftragten  
Vorlage: IX/3940
- 8.1 Antrag der SPD-Fraktion zur Entwicklung eines Inklusionskonzeptes  
Vorlage: IX/4155
- 9 Anfragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu diversen Themen  
Vorlage: IX/3943
- 10 Senioren und Gesundheits-App "Gut versorgt in ..."  
Vorlage: IX/3447/1
- 11 Situationsbericht der Wohnungsnotfallstelle  
Vorlage: IX/3945
- 12 Jahresbericht 2019 des ökumenischen Arbeitskreises Asyl  
Vorlage: IX/4087
- 13 Unterrichtung / Anfragen des Ausschusses gem. § 29 iVm. § 19 der Geschäftsordnung  
Vorlage: IX/4090

**Anwesenheitsliste**

Anwesend:

**CDU-Fraktion**

Frau Helmi Groß  
Frau Irene Harenberg  
Frau Karin Orlich  
Herr Ulrich Orlinski  
Herr Hans-Georg Schell  
Herr Reimer Schubert  
Frau Angelika Zelleröhr

**SPD-Fraktion**

Frau Monika Hartings  
Frau Christiane Lempke  
Frau Anneli Palmen

**Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Frau Marianne Michael-Fränzel  
Frau Katharina Voller  
Herr Dr. Andreas Wrobel

**FDP-Fraktion**

Frau Astrid Werle

**UWG-Fraktion**

Herr Rolf-Peter Weyers

**FWG-Fraktion**

Herr Heiko Mönch

**Linksfraktion**

Herr Eckart Rosemann

**Verwaltung**

Herr Daniel Kehls  
Herr Ingo Knipping  
Firma Dr. Sebastian Semmler

**Vertreter Seniorenbeirat**

Frau Gerda-Marie Linden

Nicht anwesend:

**CDU-Fraktion**

Herr Christoph Demuth  
Frau Claudia Demuth

## **Niederschrift**

Sitzung des Sozialausschusses vom 18.06.2020

Herr Leo Erdtmann  
Herr Raimund Franzen  
Herr Christian Horn-Heinemann  
Herr Mathias John  
Herr Bodo Korzeniewsky  
Herr Heinrich Leßmann  
Frau Heide Lohse  
Frau Gisela Möllers  
Frau Karin Neumann  
Herr Jürgen Orlich  
Frau Maria Pannenbecker  
Herr Theodor Thißen  
Frau Dagmar Treger

### **SPD-Fraktion**

Frau Sabine Kühl  
Frau Hildegard Kuhlmeier  
Herr Wolfgang Reuter  
Frau Anja Weingran  
Herr Göran Weißendorf

### **Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Herr Hans-Joachim Köbis  
Frau Claudia Köppe  
Frau Anja Latrouite  
Frau Nina Lennhof  
Herr Einar Rasmussen  
Herr Matthias Recklies  
Frau Nina Rossié  
Herr Alexander Schneider  
Frau Ute Wieland

### **FDP-Fraktion**

Frau Beate Kopp  
Frau Silke Pescher  
Frau Sabine Platen  
Herr Matthias Pruss  
Herr Dirk Salewski  
Herr Hanno Wilsch

### **UWG-Fraktion**

Herr Daniel Fleck  
Frau Grazyna Heyer  
Frau Angelika Kraft

### **FWG-Fraktion**

Herr Peter Heidrich  
Herr Hermann Josef Rütten

### **Alternative für Deutschland**

Frau Wilma Klack  
Herr Laurenz Peter

## **Niederschrift**

Sitzung des Sozialausschusses vom 18.06.2020

### **Linksfraktion**

Frau Monika Zimmermann

### **fraktionslos**

Herr Kocay Ekici

### **Zentrum**

Herr Manfred Schmidt

Herr René Thönnißen

### **Verwaltung**

Herr Ulrich Fischer

Frau Andrea Pickhardt

### **Vertreter Integrationsrat**

Herr Niels Rentergent

### **Seniorenbeauftragter**

Herr Hans-Dieter Schmitz

Ferner anwesend sind:

## **Niederschrift**

Sitzung des Sozialausschusses vom 18.06.2020

### **Niederschrift**

#### **Niederschrift**

AV Palmen eröffnet um 18:02 Uhr die Sitzung, begrüßt die Vertreter der Verwaltung, der Presse sowie die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner, und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Einstieg in die Tagesordnung stellt AV Palmen die neue Mitarbeiterin im Bereich Soziales der Verwaltung, Frau Rafaralahy, vor. Sie übernimmt ab dem 01.04.2020 die Schwangerschaftsvertretung für Frau Enkel auf der Stelle der psychosozialen Betreuung von Flüchtlingen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet darum, die Niederschrift zur Sitzung des Sozialausschusses am 12.11.2019 zum Tagesordnungspunkt 4 unter Beibehaltung der korrekt niedergeschriebenen Abstimmungsergebnisse wie folgt zu ergänzen:

#### **Darstellung in der Niederschrift vom 12.11.2019:**

Aufgrund des weitergehenden Antrages der CDU-Fraktion legt die Vorsitzende die Abstimmungsreihenfolge wie folgt fest:

- 1) Abstimmungsergebnis: Beschlussvorlage der Verwaltung  
– Beschluss: Keine Zustimmung (...)
- 2) Abstimmungsergebnis: Änderungsantrag zu Punkt 2 des Beschlussvorschlages der CDU-Fraktion  
– Beschluss: Zustimmung (...).“

#### **Korrigierte Fassung gem. Schreiben der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:**

Aufgrund des weitergehenden Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen legt die Vorsitzende die Abstimmungsreihenfolge wie folgt fest:

- 1) Abstimmungsergebnis: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
– Beschluss: Keine Zustimmung (...)
- 2) Abstimmungsergebnis: Beschlussvorschlag der Verwaltung unter Berücksichtigung des Änderungsantrages zu Punkt 2 der CDU-Fraktion –  
Beschluss: Zustimmung (...).“

## Niederschrift

Sitzung des Sozialausschusses vom 18.06.2020

### I. Öffentlicher Teil

#### 1 **Änderung und Erweiterung der Tagesordnung**

Änderungen und Erweiterungen der Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Der vorliegenden Tagesordnung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Beschluss: einstimmig  
Stimmen dafür:  
Stimmen dagegen:  
Stimmenthaltungen:

#### 2 **Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner gem. § 33 iVm. § 21 der Geschäftsordnung**

Herr Stadler als Vertreter der privaten Blindeninitiative „Kaarster Blind-Gänger“ erkundigt sich nach dem Begriff der Inklusion, auf den sich in Tagesordnungspunkt 8.1 bezogen wird. Es gebe eine Diskrepanz zwischen dem Inklusionsbegriff, so wie er im Gesetz verwendet wird und dem unter Tagesordnungspunkt 8.1 dargestellten. Das Gesetz beziehe sich spezifisch auf behinderte und chronisch kranke Menschen, TOP 8.1 jedoch verwende eine allumfassende Diversität, welche nicht sehr praktikabel sei.

Weiterhin stelle sich die Frage, welche Synergien zwischen der Arbeit einer/eines Integrationsbeauftragten, welche/welcher Flüchtlinge und Migrationsfragen schwerpunktmäßig behandelt und einer/einem Inklusionsbeauftragten, welche/welcher vor allem behinderte und chronisch kranke Menschen als Zielgruppe habe, bestehen.

AV Palmen verweist auf die unterschiedlichen Vorstellungen einer Definition von Inklusion. Vor dem Hintergrund des hohen Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland sei der Ausschuss der Ansicht, dass möglicherweise beide Themenbereiche nicht notwendigerweise getrennt geführt werden müssten. Weiterhin würden diese Fragen in den Tagesordnungspunkten 8 und 8.1 besprochen werden.

## Niederschrift

Sitzung des Sozialausschusses vom 18.06.2020

### **3 Kurzvorstellung Diakonie Rhein-Kreis Neuss e.V. "Integrationsmanagement zur Qualifizierung des Albert-Einstein-Forums (AEF) als Quartierstützpunkt"**

Herr Gassen von der Diakonie Rhein-Kreis Neuss e.V. führt in das Thema „Integrationsmanagement zur Qualifizierung des Albert-Einstein-Forums (AEF) als Quartierstützpunkt“ ein, welches er seit dem 01.05.2020 im Auftrag der Stadt Kaarst betreut. So sei geplant, dass bis Ende August vor Ort ein Büro eingerichtet würde, in welchem Herr Gassen dann für die Dauer des Projektes, welches auf 2 Jahre befristet sei, zu erreichen wäre. Dort solle das Projekt zielgruppenübergreifend und mit antizipativen Verfahren fortlaufend weiterentwickelt werden. Auch solle es regelmäßige themen- und bedarfsbezogene Informationsabende geben. Momentan sei man schwerpunktmäßig mit der Einarbeitung in das Projekt sowie der Schaffung von Netzwerken und der Zusammenstellung von Daten beschäftigt. Eine vorläufige Datenauswertung sei ebenfalls für Ende August angedacht.

Herr Rosemann möchte wissen, ob auch auf Erfahrungen des Projektes „Älterwerden in Büttgen“ zurückgegriffen wird. Die Zusammenarbeit mit dem erfolgreichen Projekt könne sich als praktikabel erweisen.

Herr Gassen führt aus, dass er den Kontakt zu anderen Projekten durchaus suche und das AEF als Quartierstützpunkt nicht als insoliertes Projekt sehe. Dabei sei die Zielsetzung generationsübergreifend.

Frau Werle möchte wissen, wie man auf das Projekt bzw. auf den Quartierstützpunkt aufmerksam machen möchte.

Herr Schell erkundigt sich, ob Publikationen, wie Infobroschüren oder Flyer geplant sind.

Herr Gassen erläutert, dass der Stützpunkt bisher noch nicht aktiv beworben wurde, da noch nicht die Eröffnung des Ortes gefeiert werden konnte, er gehe aber davon aus, dass man in Zukunft gezielt Treffs und Veranstaltungen ansteuern würde, um das Projekt bekannt zu machen. Dazu werde man auch auf Printangebote sowie auf digitale Medien zurückgreifen, auch wenn es dazu noch keine konkreten Absprachen gebe.



## Niederschrift

Sitzung des Sozialausschusses vom 18.06.2020

### **4 Vorstellung der Neusser Tafel e.V. "Arbeit der Neusser Tafel e.V. in der Stadt Kaarst" auf Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 22.05.2020**

Herr Langen von der Neusser Tafel e.V. gibt einen Sachstandsbericht über die Arbeit der Neusser Tafel in Kaarst. Diese sei aufgrund der Corona-Pandemie vom 12. März bis zum 30. April 2020 geschlossen gewesen, da sich unter der Zielgruppe ein nicht unerheblicher Anteil an zur Risikogruppe zuzurechnenden Menschen befinden würde. Nun sei die Neusser Tafel e.V. aber wieder wie gewohnt jeden Donnerstag in Kaarst im Einsatz. Zuletzt seien 26 Menschen zur Tafel gekommen.

Frau Voller erkundigt sich über die Höhe der Inanspruchnahme von bedürftigen Menschen mit Hinblick auf die Corona-Zeit.

Frau Werle fragt nach der Personenstruktur der Bedürftigen.

Herr Langen führt aus, dass er nach seinen Beobachtungen keine signifikante Änderung in der Zahl der bei der Tafel erscheinenden Menschen feststellen könne. Die Menschen bestünden vor allem aus Familien mit Menschen aller Altersgruppen.

Frau Baum resümiert über die Situation der Tafel in Kaarst in den zurückliegenden Wochen und lobt das Engagement und die Hilfsbereitschaft vieler Kaarster Bürger. Weiterhin versichert Frau Baum der Tafel weiterhin alle nötige Hilfe und unterstreicht nochmals die Wichtigkeit der Arbeit.

### **5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Fortschreibung des Integrationskonzeptes**

Frau Voller erläutert die Notwendigkeit eines Integrationskonzeptes sowie dessen Fortschreibung.

Herr Rosemann erinnert an wesentliche Kritikpunkte beim damaligen Entwurf des Integrationskonzeptes. Bei einer Wiederaufnahme der Arbeit an einer Fortschreibung solle man die vormals angefallene Kritik berücksichtigen. So sei im Hinblick auf den hohen Andrang von Geflüchteten vor einigen Jahren vor allem das Problem der Flüchtlinge abgearbeitet worden. Dabei sei es wichtig, dass alle Leute mit Migrationshintergrund in einem solchen Konzept Berücksichtigung finden würden, zumal es sich dabei auch zu einem großen Teil um deutsche Staatsbürger handeln würde. Weiterhin sei Integration nicht nur ein Problem der Stadtverwaltung. Im damaligen Entwurf des Integrationskonzeptes hätte man sich sehr darauf konzentriert, was die Stadtverwaltung geleistet habe. Es sei aber wichtig, dass die Kooperation durch das Ehrenamt mit der Stadtverwaltung bei einer vertiefenden Ausarbeitung in den Mittelpunkt gestellt werde.

Herr Schell erinnert an die Mitwirkung aller Fraktionen am Entwurf des damaligen Integrationskonzeptes und deren entsprechende Beisteuerung von Ideen und Informationen. Das Konzept sei nicht „in Stein gemeißelt“, sondern es handele sich um einen fortlaufenden Prozess. Es sei klar, dass das Konzept an die neuen Gegebenheiten angepasst werden müsse.

## Niederschrift

Sitzung des Sozialausschusses vom 18.06.2020

Frau Hartings stimmt den Ausführungen von Herrn Rosemann bezüglich der ausdrücklichen Ausweitung auf alle Menschen mit Migrationshintergrund zu. Außerdem solle sich das Konzept nicht in der Aufzählung aller positiven Leistungen erschöpfen, sondern auch Inhalte aufweisen.

Frau Werle begrüßt die Fortschreibung des Integrationskonzeptes ebenfalls.

Frau Palmen stimmt Herrn Rosemann zu, dass man lange über die Zeit hinaus sei, in welcher es vor allem um die Geflüchteten gehe. Angesichts dessen, dass etwa ein Viertel der Menschen in Deutschland über einen Migrationshintergrund verfügten, sollten auch diese selbstverständlich eine Berücksichtigung im Integrationskonzept erfahren.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

### **Beschlussvorschlag der Verwaltung:**

Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: Beschluss: einstimmig  
Stimmen dafür:  
Stimmen dagegen:  
Stimmenthaltungen:

### **6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Aufnahme von zusätzlichen Flüchtlingen**

Frau Voller dankt der Verwaltung für die ausführliche Antwort auf den Antrag. Die Bedenken der Verwaltung seien nachvollziehbar. Leider sähe die Verwaltung aber nicht die Möglichkeiten wie andere Kommunen, z.B. die Stadt Neuss, wo mit einer Mehrheit ein ähnlicher Antrag über die Aufnahme von Menschen aus Flüchtlingslagern angenommen wurde und damit einen Aufruf in Richtung Landes- und Bundesregierung gesendet würde. Auch gebe es in der Argumentation zur Sache zwischen dem Antrag der Bündnis 90/Die Grünen und den Ausführungen der Verwaltung einen erheblichen Unterschied. So führe die Verwaltung aus, dass sich politische Entscheidungen nicht beschleunigen oder verbessern ließen, wenn einzelne Kommunen eigenständig handeln würden. Dies sei aus Sicht der Fraktion der Bündnis 90/die Grünen jedoch durchaus denkbar und auch möglich.

Bezüglich des FDP-Antrages freue man sich über das Entgegenkommen.

Frau Hartings erläutert die Situation in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln. Diese widerspräche allem, was man hierzulande unter einer menschenwürdigen Unterbringung verstehe und darum wäre es folgerichtig, Flüchtlinge in Deutschland aus solidarischen und vor allem aus christlichen Gesichtspunkten aufzunehmen. Finanzielle Bedenken seien kein Gegenargument. Auch wenn solche Aufnahmen auf europäischer Ebene zu entscheiden seien, so könne man jedoch mit der Annahme des Antrages zumindest ein Zeichen setzen.

## Niederschrift

Sitzung des Sozialausschusses vom 18.06.2020

EBG Dr. Semmler ergänzt, dass man mit einer solchen antragsgemäßen Aufnahme in Kaarst für Probleme sorgen würde. Die entsprechende Intention werde zwar seitens der Stadtverwaltung geteilt, jedoch sei die Tatsache, dass es keine Anrechnung auf die Aufnahmequote gebe, nicht vertretbar. Finanzielle Bedenken gebe es hingegen nicht. Das Hauptaugenmerk für die ablehnende Haltung der Verwaltung liege vor allem darin begründet, dass man zum heutigen Zeitpunkt einfach nicht sagen könne, wie man 40 zusätzliche Menschen, unabhängig von der Familienkonstellation, angemessen unterbringen solle. Bereits jetzt wäre es problematisch, die bereits hier lebenden Menschen mit angemessenem Wohnraum zu versorgen. Die Aufnahme weiterer Menschen würde, zusätzlich zu den ohnehin weiterlaufenden Regelzuweisungen von Schutzsuchenden durch die Bezirksregierung Arnsberg, zu einer Verschärfung des bereits bestehenden Problems führen. Würde es jetzt zu einer außerplanmäßigen Aufnahme von so vielen Menschen kommen, hätte die Stadt ein Problem mit der Unterbringung. Man könne dies sicherlich „irgendwie“ meistern. Aber ob diese Lösung dann im Sinne einer sinnvollen Integration stattfinden würde, sei anzuzweifeln.

Herr Schell veranschaulicht, dass Kaarst bereits der bundesrechtlich gesetzten Aufnahmequote gerecht würde. In Kaarst erfreue man sich einer hohen Akzeptanz und Hilfsbereitschaft aus der Bevölkerung, was das Zusammenleben mit Flüchtlingen angehe. Dies solle auch in Zukunft bestehen bleiben, was sich aber nur vor dem Hintergrund einer ausreichenden und menschenwürdigen Unterbringung und Versorgung verwirklichen ließe. Daher seien die Bedenken der Verwaltung nicht von der Hand zu weisen. Die CDU-Fraktion werde somit den Antrag der Verwaltung unterstützen.

Herr Schell erkundigt sich bei Frau Voller über die Festsetzung der Zahl der Menschen, die aufgenommen werden sollen. Vor allem im Hinblick auf die Zahl in Neuss, welche bei einer vierfachen Einwohnerzahl nur 30 Menschen anpeile, sei die Zahl nicht nachvollziehbar.

Frau Voller erläutert, dass es sich bei der Zahl grundsätzlich um eine willkürliche Zahl handele und man sich gerne auch auf eine niedrigere Zahl einigen könne.

Frau Baum kündigt an, dass auch die FDP-Fraktion den Antrag der Grünen ablehnen werde. Es sei anzuzweifeln, dass die Vertreter der Grünen-Fraktion die Gegebenheiten vor Ort in den Flüchtlingsunterkünften kennen würden und sich daher nicht darüber im Klaren seien, was der Antrag für die Stadt bedeuten würde. Es erscheine sinnvoller, gezielt Menschen mit einer Bleibeperspektive aufzunehmen, da nur damit eine vernünftige Integration gelingen könne. Es sei unbestritten, dass sich in den Lagern selbst grundlegend etwas ändern müsse. Dies sei jedoch eine europäische Aufgabe.

EBG Dr. Semmler fügt ergänzend hinzu, dass trotz einer gewissen Enge selbst zu der Zeit der hohen Zahl von Geflüchteten der Jahre 2015/2016 die Unterbringung in den Kaarster Gemeinschaftsunterkünften zu keinem Zeitpunkt menschenunwürdig war. Mittlerweile habe sich aber die Situation dahingehend geändert, dass eine gemeinschaftliche Unterbringung mehr und mehr beginne nicht mehr zeitgemäß zu sein. Die Menschen hätten sich im Laufe der Zeit an einen anderen Lebensstandard gewöhnt. Besonders wenn Kinder involviert seien, müsse man sich nun vermehrt die Frage über die Angemessenheit einer solchen Art der Unterbringung stellen. Es gebe zwar statistisch gesehen zahlreiche freie Betten in den Gemeinschaftsunterkünften, allerdings habe die gemeinschaftliche Unterbringung nur wenig dem Ziel einer Integration zu tun.

## Niederschrift

Sitzung des Sozialausschusses vom 18.06.2020

Frau Baum weist darauf hin, dass es sich bei dem Antrag um einen nicht ausführbaren Antrag handele. Das Dublin-Verfahren gelte und es gebe derzeit keine Möglichkeit, Menschen aus den Lagern herauszubekommen. Eine Entscheidung zur Aufnahme weiterer Menschen wäre rein symbolisch.

Aufgrund des zweiteiligen Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen legt die AV die Abstimmungsreihenfolge für jeden Antragsteil einzeln fest:

1. Es wird beantragt, über den Sozialausschuss den Mitgliedern des Stadtrates zu empfehlen, die Bundesregierung aufzufordern, verstärkt von Artikel 17 Dublin-III-VO(Ermessenklauseln) Gebrauch zu machen und die von bundesdeutschen Städten und Kreisen angebotenen Aufnahmeplätze dafür in Anspruch zu nehmen. Ein entsprechendes Angebot soll der griechischen Regierung unterbreitet werden. Das Land Nordrhein-Westfalen wird gebeten, seine Bereitschaft zu erklären, diese Personen ohne Anrechnung auf die EASY (Erstverteilung der Asylbegehrenden) -Quote aufzunehmen.
2. Es wird beantragt, über den Sozialausschuss den Mitgliedern des Stadtrates zu empfehlen, dass die Stadt Kaarst 40 zusätzliche Aufnahmeplätze für Personen in prekären humanitären Situationen in den griechischen Auffanglagern anbietet sowie die Stadt Kaarst sich bereit erklärt, diese Geflüchteten in Höhe des erklärten Kontingents ohne Anrechnung auf die Aufnahmequote und unter Anwendung der aktuellen Kostenregelungen aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis zu 1)

Beschluss: mehrheitlich beschlossen  
Stimmen dafür: 15  
Stimmen dagegen:  
Stimmenthaltungen: 1

Abstimmungsergebnis zu 2)

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt  
Stimmen dafür: 6  
Stimmen dagegen: 9  
Stimmenthaltungen: 1

### **6.1 Antrag der FDP-Fraktion über die Aufnahme einer Flüchtlingsfamilie aus dem Flüchtlingslager Moria / Griechenland**

Frau Baum erläutert den Antrag der FDP-Fraktion zur Aufnahme einer Flüchtlingsfamilie aus dem Auffanglager in Moria. Die Voraussetzungen für die Aufnahme von weiteren Menschen darüber hinaus seien momentan nicht gegeben. Dennoch sei es wünschenswert, wenn Kaarst nach außen hin weiterhin die Bereitschaft senden könne, Menschen in Not zu unterstützen. Aus diesem Grunde

## Niederschrift

Sitzung des Sozialausschusses vom 18.06.2020

könne man eine Familie aufnehmen und dieser gezielt helfen.

Frau Voller zeigt sich erfreut über den Antrag und sieht zumindest im Grundsatz eine gemeinsame Linie. Jeder Mensch zähle, der aus dem Auffanglager in Moria geholt werde. Zu überdenken wäre jedoch die Einschränkung auf das Flüchtlingslager in Moria. Es gebe in Griechenland noch eine Vielzahl weiterer Flüchtlings- bzw. Erstaufnahmelager.

Frau Baum zeigt sich damit einverstanden, die Einschränkung von Moria auf alle Flüchtlingslager auszuweiten. Sie erinnert jedoch erneut daran, dass auch diese eine Familie unabhängig von ihrer möglichen Bleibeperspektive nicht aus dem Lager herausgeholt werden könne, da es an einer gesetzlichen Grundlage fehle.

Herr Schell führt aus, dass die Aufnahme ebenso willkürlich wäre wie die Aufnahme von 40 Menschen. Es stehe derzeit kein Wohnraum zur Verfügung.

Frau Voller erläutert, dass es aus Sicht der Grünen-Fraktion zähle, dass je mehr Kommunen die Bereitwilligkeit auch in Form eines solchen Antrages signalisierten, desto höher werde hoffentlich auch der Druck auf Landes- und Bundesregierung, die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen.

Frau Baum zeigt sich erstaunt, dass die CDU-Fraktion noch nicht einmal eine einzige Familie aufnehmen wolle. Eine Familie sei definitiv zu schaffen.

Herr Schubert wendet ein, dass man damit ein falsches politisches Signal senden würde, weil damit europäische Bestrebungen unterlaufen würden. Vielmehr sei es sinnvoll, wenn man den Druck zur Erhöhung der Entwicklungshilfe vergrößern würde. Wenn man Menschen in ihren Heimatländern helfen würde, würde man damit auch Fluchtursachen bekämpfen.

Abschließend stellt die AV Palmen den vorliegenden Antrag der FDP-Fraktion zur Abstimmung.

Die FDP Fraktion stellt den Antrag, gezielt eine Familie aus dem Flüchtlingslager Moira / Griechenland in der Stadt Kaarst aufzunehmen. Voraussetzung für diese Familie soll eine gute nachhaltige Bleibeperspektive in der Stadt Kaarst sein.

Abstimmungsergebnis:

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt  
Stimmen dafür: 5  
Stimmen dagegen: 11  
Stimmenthaltungen:0

## Niederschrift

Sitzung des Sozialausschusses vom 18.06.2020

### **7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Schaffung der Stelle einer/eines Behindertenbeauftragten**

Herr Dr. Wrobel erläutert den Antrag der Grünen-Fraktion.

Die Stadt Kaarst sei im Vergleich zu anderen Kommunen im Rhein-Kreis Neuss die einzige Kommune, die über keinen Behindertenbeauftragten verfüge. Dieser sei aber nötig, z.B. für Bauvorhaben, um bei diesen zur Sicherstellung der Barrierefreiheit vor dem Bau- und Umweltausschuss beratend tätig zu sein. Als Beispiel führt Herr Dr. Wrobel die Stadt Korschenbroich an, wo es einen Behindertenbeauftragten gebe. Dieser Behindertenbeauftragte solle ehrenamtlich und überparteilich sein.

Es wäre erforderlich, dass diese Stelle von der Stadt ausgeschrieben und durch den Stadtrat legitimiert würde. Auch die Erstellung einer Satzung wäre nötig.

Zum Tätigkeitsfeld würde beispielsweise der Kontakt mit Organisationen und Vereinen (Beispiel „Kaarster Blind-Gänger“) sowie die Einrichtung einer Beratungsstelle sein.

Weiterhin solle dieser Behindertenbeauftragte auch so genannt werden und nicht Inklusions- oder Integrationsbeauftragter, da dies nicht der Sache entspreche.

Herr Dr. Wrobel erkundigt sich darüber hinaus, wie das Verhältnis von behinderten Menschen an der Gesamtbevölkerung sei.

EBG Dr. Semmler führt aus, dass es bereits Überlegungen gebe, die Tätigkeit hauptamtlich zu besetzen. Es spräche aber grundsätzlich auch nichts dagegen, die Tätigkeit an ein Ehrenamt zu koppeln. Genauer werde momentan intern besprochen.

Herr Rosemann kritisiert den Aufbau der Tagesordnung, da nicht nur TOP 8 sondern auch TOP 8.1 mit diesem (TOP 7) zusammenhängen. Grundsätzlich ginge es darum, dass eine Interessenvertretung von Menschen mit Behinderung und Integrationsbackground sinnvoll installiert werde. Dies sei eine große Aufgabe und die Vorstellung, den Einstieg über ein Konzept zu regeln sei klassisch, in seiner kurzfristigen Umsetzung aber fragwürdig. Eine Idee wäre, einen runden Tisch für Teilhabe ins Leben zu rufen wodurch nicht nur ein Beauftragter, sondern eine Art von Interessenvertretung geschaffen werde, wodurch auch die in diesem Bereich tätigen Institutionen repräsentiert würden.

Frau Linden merkt an, dass ein Behindertenbeauftragter eine Vielzahl an Fähigkeiten in sich vereinen müsse und ein entsprechendes Zeitbudget haben müsse. Daher sei ein hauptamtlicher Beauftragter sinnvoll. Ein ehrenamtlicher Beauftragter könne diesen Anforderungen nur schwer gerecht werden.

Frau Hartings merkt an, dass es sich um einen großen Aufgabenbereich handele. Inklusion sei mehr als Konzepte, die sich auf Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationshintergrund beziehen, sondern es sollte um Teilhabe aller Menschen in der Gesellschaft gehen. Daher seien die Anträge der Grünen-Fraktion noch einmal ein Anlass gewesen, sich mit der Materie erneut auseinanderzusetzen. Es werde jemand benötigt, der dies nach einer gemeinsamen Beratung alles in einer hauptamtlichen Stelle insgesamt abdecken und koordinieren könne. Dazu müsse die Verwaltung unter Beteiligung von allen ein Konzept zur Inklusion erstellen.

Herr Knipping beantwortet die an die Verwaltung gerichtete Frage nach der Quote

## Niederschrift

Sitzung des Sozialausschusses vom 18.06.2020

von Menschen mit Behinderung in Bezug auf die Gesamtbevölkerung. Derzeit sei der Bereich Soziales dabei, die zur Verfügung stehenden statistischen Daten abzufragen und auswerten zu lassen. Teilweise lägen relevante Daten den Kommunen nicht vor. Daher sei kürzlich auch eine Anfrage über relevante Datenerhebungen beim Land NRW gestellt worden, diese könnten den Mitgliedern des Sozialausschusses in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt werden.

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat:

1. Die Verwaltung wird mit der konzeptionellen Prüfung, die Stelle einer/eines Behindertenbeauftragten in die Verwaltungsstrukturen einzubinden, beauftragt.
2. Das durch die Verwaltung erarbeitete Konzept wird nach erfolgter Vorberatung im Sozialausschuss dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Beschluss: mehrheitlich beschlossen

Stimmen dafür: 13

Stimmen dagegen: 0

Stimmenthaltungen: 3

### **8 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Schaffung der Stelle einer/eines Integrationsbeauftragten**

Frau Voller folgt bei der Frage nach einem Integrationsbeauftragten der Vorgehensweise analog zu Tagesordnungspunkt 7, weist aber darauf hin, dass beide Aufgaben voneinander getrennt gehalten werden müssten. Es sei nicht ersichtlich, inwieweit es zu Synergieeffekten kommen könne bzw. wie sich die Bedarfe von Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationshintergrund decken sollten. Es bestehe die Gefahr, dass am Ende „2 halbe Stellen“ dabei herauskommen würden. Von daher sei der Vorschlag der Verwaltung zu begrüßen.

Frau Werle führt aus, dass darauf zu achten sei, welche Aufgaben ein Integrationsbeauftragter und welche Aufgaben ein Behindertenbeauftragter habe und dass es bei den beiden Tätigkeiten durchaus zu Überschneidungen kommen könne. Erkundigungen bei anderen Kommunen zu dem Thema könnten sinnvoll sein.

Herr Schell unterstreicht die Wichtigkeit eines Integrationsbeauftragten, vor allem in Hinblick auf die Auflösung des Integrationsrates.

Frau Hartings sieht ebenfalls die Überschneidungen bei beiden Tätigkeiten, sodass es möglicherweise eine falsche Herangehensweise sein könnte, wenn man auf die Trennung bestünde. Auch wenn es unterschiedlich Bedürfnisse gebe so ginge es vor allem um Teilhabe und um Partizipation. Wie dies zusammenlaufe, müsse dann in die Konzeption einfließen.

Herr Schell schlägt vor, dass die Verwaltung beide Möglichkeiten, also Trennung wie auch Zusammenlegung, prüft.

## Niederschrift

Sitzung des Sozialausschusses vom 18.06.2020

Den vorliegenden Beschlussvorschlag der Verwaltung stellt die AV Palmen abschließend zur Abstimmung.

### **Beschlussvorschlag der Verwaltung:**

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat:

1. Die Beschlussfassung wird in die Beratungen über den Haushalt, insbesondere den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2021 verwiesen.
2. Die Verwaltung erstellt ein Konzept zur verwaltungsinternen Angliederung der Stelle einer/eines Integrationsbeauftragten und erarbeitet ein Aufgabenprofil.
3. Der Vorschlag der Verwaltung wird dem Sozialausschuss rechtzeitig vor dem Eintritt in die Haushaltsberatungen vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Beschluss: mehrheitlich beschlossen  
Stimmen dafür: 13  
Stimmen dagegen: 0  
Stimmenthaltungen: 3

### **8.1 Antrag der SPD-Fraktion zur Entwicklung eines Inklusionskonzeptes**

Keine Wortmeldungen.

Auf den Antrag der SPD-Fraktion wird verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Beschluss: bei Stimmengleichheit abgelehnt  
Stimmen dafür: 3  
Stimmen dagegen: 3  
Stimmenthaltungen: 10

### **9 Anfragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu diversen Themen**

Frau Voller stellt heraus, dass die Anfragen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vollumfänglich durch die Verwaltung beantwortet sind.



## Niederschrift

Sitzung des Sozialausschusses vom 18.06.2020

### **10 Senioren und Gesundheits-App "Gut versorgt in ..."**

EBG Dr. Semmler berichtet, dass es ein Gespräch mit dem Entwicklerteam gegeben habe und die App einen guten Eindruck gemacht habe. Innerhalb des Gespräches wurde unter anderem deutlich, dass eine Ausweitung der App auf andere Bevölkerungsgruppen technisch grundsätzlich möglich sei, das aktuelle Portfolio des Anbieters jedoch zunächst auf Angebote für Senioren zugeschnitten sei.

Weiterhin erläutert EBG Dr. Semmler, dass es auch Bestrebungen seitens der Verwaltung gebe, digitale Dienstleistungen langfristig in eigener Verantwortung zu bündeln und entwickeln zu lassen, so dass diverse eingekaufte Service-Apps sowie Online-Dienstleistungen dann möglicherweise der Vergangenheit angehören könnten.

Frau Michael-Fränzel erkundigt sich darüber, wann die App erscheinen wird.

Herr Orlinski erkundigt sich nach den Kosten.

Herr Knipping führt aus, dass sich aufgrund der Corona-Krise die Einführung verzögert habe. Die Einführung der App sei für das letzte Quartal des Jahres 2020 vorgesehen. Auch sei die App sowohl für die Verwaltung als auch die Endnutzer kostenlos. Eine Refinanzierung des App-Anbieters erfolge hier ausschließlich über zubuchbare kostenpflichtige Informationsdienstleistungen durch die in der App adressierten lokalen Serviceanbieter und Einzelhändler.

### **11 Situationsbericht der Wohnungsnotfallstelle**

AV Palmen verweist mit Hinblick auf Tagesordnungspunkt 6 darauf, dass es in den Unterkünften der Stadt Kaarst 175 freie Betten gebe, welche zur Erfüllung der Zuweisungsquote eine gewisse Sicherheit geben sollten. Zudem weist AV Palmen darauf hin, dass Kaarst mittlerweile 31 Menschen in Obdach habe und dies eine bedenkliche und bedauerliche Entwicklung darstelle

### **12 Jahresbericht 2019 des ökumenischen Arbeitskreises Asyl**

Frau Lempke bedankt sich für die geleistete Arbeit des Ökumenischen Arbeitskreises Asyl, würde aber gerne noch wissen, wie viele Menschen mit Migrationshintergrund durch diese Aktivitäten erreicht würden.

Herr Knipping führt aus, dass dazu keine Aussage getroffen werden kann. Da der Arbeitskreis nicht nur für die Menschen aus den städtischen Unterkünften zugänglich sei, sondern für sämtliche Personen mit Migrationshintergrund offenstehe, welche dann in großen Teilen nicht durch den Bereich Soziales der Stadt Kaarst „betreut“ werden und somit statistisch nicht erfasst werden könnten.

## Niederschrift

Sitzung des Sozialausschusses vom 18.06.2020

### 13 Unterrichtung / Anfragen des Ausschusses gem. § 29 iVm. § 19 der Geschäftsordnung

Frau Voller bittet die Verwaltung für die Zukunft um eine zeitnähere Fertigung der Niederschrift.

Frau Linden möchte wissen, ob die Verwaltung Kenntnis über das Pflege- und Betreuungskonzept von „Humanika“ in Büttgen habe und ob das Pflegepersonal in den kaarster Pflegeeinrichtungen regelmäßig auf Corona getestet würde.

EBG Dr. Semmler erläutert, dass der Stadt Kaarst dieses Konzept nicht vorliege und auch nicht vorliegen müsse, da hier die Aufsichtsverpflichtung in der Zuständigkeit der Wohn- und Teilhabegesetz (WTG) Behörde, ehemals Heimaufsicht, beim Rhein-Kreis Neuss liege.

Nach Kenntnisstand der Verwaltung kommen die in der Stadt Kaarst tätigen Pflegeeinrichtungen ihren rechtlichen Verpflichtungen zum gesundheitlichen Schutz Ihrer Mitarbeiter sowie auch des Schutzes der Bewohner und Besucher in vollem Umfang nach. Auch ließen hier die der Stadt Kaarst vorgelegten und im Internetangebot der Stadt sowie auch in der Presse regelmäßig veröffentlichten Infektionszahlen im Kreisgebiet bislang keinen anderen Schluss zu.

Gelesen, genehmigt und unterschrieben:

Der/Die Ausschussvorsitzende

Der/Die Schriftführer(in)

Anneli Palmen

Daniel Kehls

Die Bürgermeisterin

i.V. Dr. Sebastian Semmler